

Medienmitteilung vom 22. November 2010

FDP bekämpft überladenes Gastroggesetz

Für die FDP-Fraktion ist die vorliegende Totalrevision des Gastgewerbegesetzes völlig überladen und daher abzulehnen. Das bestehende Gesetz reiche aus, nur mangelt es am Vollzug. Die FDP sagt auch nein zum Bau von vier Teilstrecken des kantonalen Hauptwanderwegnetzes.

Für die Kantonsratsfraktion der FDP des Kantons Schwyz ist der geplante Bau der vier Teilstrecken Hopfräbenweg, die Strecke Ingenbohl-Brunnen, der Waldstätterweg von Gersau nach Brunnen und den Muotaschluchtenweg mit Totalkosten von 2.73 Mio. Franken überrissen. Auf genauso wenig Gegenliebe stiess die Motion, die den Wanderweg-Unterhalt von privaten Grundeigentümern der öffentlichen Hand übertragen will. Eine solche Übernahme ist aus rechtshistorischen und praktischen Gründen abzulehnen. Die private Unterhaltspflicht ist laut FDP-Fraktion sachlich gerechtfertigt und für die Betroffenen auch tragbar. Wenn die Belastung für die Betroffenen unzumutbar ist, können die Kosten bereits heute von der öffentlichen Hand übernommen werden. Deshalb wird die FDP an der Session diese Woche die Motion ablehnen.

Jugendschutz muss gewährleistet sein

Die FDP-Fraktion setzt sich nicht erst seit der erfolgreichen Bürokratie-Initiative für weniger und schlankere Gesetze ein. Der Regulierungs- und Gesetzeswut wollen die Liberalen auch von ihren traditionellen Werten her den Riegel schieben. Das vorliegende Gastgewerbegesetz (GGG) ist einmal mehr ein solches Paradebeispiel, wie Gesetze konstruiert werden, die wenig verbessern, vieles verkomplizieren und schlicht überflüssig sind. «Die Revision des Gastgewerbegesetzes ist abgesehen von ihrem bescheidenen Nutzen auch völlig überladen», sagt Fraktionschefin Petra Gössi aus Küssnacht. «Wir sind der Meinung, dass das heute Gesetz absolut ausreichend ist.» Wo jedoch Handlungsbedarf nötig ist, ist im Jugendschutz. «Dazu

braucht es aber genauso wenig ein neues Gesetz. Viel wichtiger ist jedoch der Vollzug.» Und dieser ist nach Meinung von Petra Gössi mangelhaft. «Ein entsprechendes Controlling ist zwingend notwendig.» Die FDP-Fraktion spricht sich jedoch klar gegen Testkäufe durch Minderjährige aus. Die Liberalen werden an der Session gegen die Totalrevision des Gastgewerbegesetzes stimmen.

Text: Roger Bürgler